Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/6394

04. 12. 96

Entschließungsantrag

der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.

zur Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung zur Menschenrechtspolitik in den Auswärtigen Beziehungen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Derzeit beginnen die Vorbereitungen für die 53. Sitzung der Menschenrechtskommission (MRK) der Vereinten Nationen, die vom 10. März bis 18. April 1997 in Genf stattfinden wird. Im Hinblick auf die Tagesordnung ist zu klären, welche Länder Gegenstand der Debatte sein sollen.

Einer solchen Debatte innerhalb der Menschenrechtskommission und damit auch der Möglichkeit einer öffentlichen Verurteilung haben sich in den letzten Jahren immer wieder Staaten, in denen gravierende Menschenrechtsverletzungen geschehen, dadurch entziehen können, daß sie gemeinsam mit anderen Unrechtsregimen eine qualifizierte Mehrheit gegen eine Aufsetzung ihres Staates auf die Tagesordnung zustandegebracht haben.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf,

auch in diesem Jahr gemeinsam mit ihren europäischen Partnern und anderen mitwirkungswilligen Staaten alle Anstrengungen zu unternehmen, die Menschenrechtssituation in denjenigen Staaten zum Gegenstand einer Debatte in der 53. Sitzung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen zu machen, die sich nachweislich schwerer Menschenrechtsverletzungen schuldig machen.

Bonn, den 3. Dezember 1996

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion
Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333